

Koalition: Ausländer sollen besser Deutsch lernen

dpa

25.10.2009 18:10 MEZ

"Integrationspolitische Defizite der letzten Jahrzehnte" angehen

Koalition: Ausländer sollen besser Deutsch lernen



Bitte Bild anklicken!

BERLIN – Ausländer sollen nach dem Willen der neuen schwarz-gelben Bundesregierung besser Deutsch lernen. Viele Menschen seien auch nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland gesellschaftlich nicht integriert und beherrschten die deutsche Sprache nicht, heißt es in dem in Berlin

vorgestellten Koalitionsvertrag.

Darin ist von «integrationspolitischen Defiziten der letzten Jahrzehnte» die Rede, die «konsequent» behoben werden sollen. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration bezeichnete den Koalitionsvertrag als «passablen» Start in die neue Legislaturperiode – es gebe aber Schwachpunkte. Laut Koalitionsvertrag sollen Integrationskurse für Ausländer aufgewertet werden. «Die Kurse werden auf das primäre Ziel ausgerichtet, die Teilnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren», heißt es.

Vor der Schule Deutsch sprechen können

Alle Kinder, die eingeschult werden, sollen Deutsch sprechen können. «Bei Bedarf» könne es eine verpflichtende gezielte Sprachförderung vor der Schule geben. Wie zudem bekannt wurde, bleibt die im Kanzleramt angesiedelte Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer (CDU), im Amt.

Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Klaus Bode, bemängelte, in der Koalitionsvereinbarung sei kein Wort zur institutionellen Aufwertung von Migration und Integration auf Bundesebene zu finden. Das «Mindeste» wäre laut Bode gewesen, dem Amt der Integrationsbeauftragten eine größere Bedeutung zu verleihen. Er

kritisierte, Schwarz-Gelb wolle die so genannte Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsgesetz nur auf ihre rechtliche Handhabbarkeit überprüfen.

Automatisch deutsche Staatsbürgerschaft

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erhalten die Kinder von Ausländern neben der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn sie in Deutschland geboren sind. Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr müssen sie sich aber für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Der Sachverständigenrat hatte gefordert, diese Regelung auszusetzen und die Einbürgerungsregeln grundlegend zu reformieren.

Bade wies zudem darauf hin, dass die künftigen Koalitionäre noch keine konkrete Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Bleiberechtsregelung zusagten. Unter der großen Koalition erhielten mehrere zehntausend bis dahin geduldete Ausländer unter bestimmten Bedingungen einen gefestigten Aufenthaltstitel. Voraussetzung für eine Verlängerung über 2009 hinaus ist vor allem eine Arbeitsstelle, die aber derzeit auch wegen der Wirtschaftskrise schwer zu bekommen ist. Vielen droht daher zum Jahresbeginn 2010 der Rückfall in die Duldung und somit die Abschiebung.

Laut Koalitionsvertrag soll aber «zeitgerecht» eine «angemessene Regelung» gefunden werden. Der unabhängige Sachverständigenrat ist im Oktober 2008 von acht führenden Stiftungen gegründet worden. Er will die Politik beraten und jährlich ein Gutachten vorlegen.